

Basta!

Basels starke Alternative

ABSTIMMUNGEN

Nein zu weiteren Steuergeschenken an die Finanzoligarchie



Am 12. Februar 2017 wird auf eidgenössischer Ebene über die Unternehmenssteuerreform III (USR III) abgestimmt. Gegen die Vorlage hat die SPS das Referendum ergriffen, was von verschiedenen Organisationen wie der GPS und dem SGB unterstützt wurde.

Noch vor dieser eidgenössischen Abstimmung, bei der die USR III hoffentlich versenkt wird, hat die Basler Regierung unter Führung von Eva Herzog, einen Vorschlag, wie die USR III in Baselstadt umgesetzt werden soll, in die Vernehmlassung gegeben. Da sich Basel-Stadt mit seinen Pharma- und Agrochemiemultis, die jetzt schon wenig Steuern zahlen, bei der Unternehmenssteuerreform III in einer privilegierten Position befindet, fällt die Umsetzung hier nicht so katastrophal aus, wie in anderen Kantonen, Städten und Gemeinden. Die Vorlage konnte sogar mit einem „Zückerchen“ für die normalen SteuerzahlerInnen versehen werden. Dass die kantonalen Umset-

zungsvorlagen, wo sie nicht so schlimm ausfallen, wie in der Waadt oder in Basel Stadt, vorgezogen werden, an anderen Orten aber Zurückhaltung geübt wird, ist eine manipulative Einflussnahme auf die Abstimmung vom 12. Februar.

Die grundsätzlich problematische Ausrichtung der USR III

Wir befürworten das Bestreben, die schweizerische Unternehmensbesteuerung so auszurichten, dass sie den veränderten internationalen Standards entspricht. In diesem Sinn sind wir für die Abschaffung der heutigen Steuerprivilegierungen. Dies nicht nur, um dem Druck auf internationaler und europäischer Ebene Rechnung zu tragen, sondern auch weil wir überzeugt sind, dass diese Konstrukte der Bevölkerung anderer Länder, aber auch derjenigen der Schweiz erheblichen Schaden zufügen. Sie widersprechen zudem in mehreren Punkten der Agenda 2030, die alle UNO-Staaten auffordert die nachhaltige

weiter auf Seite 3

Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

AZB
4005 Basel



Seite 6

Der Kasernenumbau - Eine Chance fürs Kleinbasel?



Seite 7

Kriegsgeschäfte: Den Geldhahn zudrehen



Seite 8

Wohnungsnot in Basel

30. Januar 19:00

Koordination

12. Februar

Abstimmungssonntag, Parolen S. 5

Montag, 13. Februar 19:00

Koordination

Montag 20. März 19:00

Koordination

Donnerstag 30. März

Mitgliederversammlung

Dienstag, 04. April

Koordination

Montag, 24. April

Koordination

Sonntag, 30. April

Vorfeier zum 1. Mai

Ort, Zeit und Programm sind in Arbeit, weitere Unterstützung sehr erwünscht. Schreibt an: sekretariat@basta-bs.ch

Montag, 1. Mai

Demonstration

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das Basta!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei Basta! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr 01/2017

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Richard Spillmann, Marianne Gloor, Till Kleisli

Layout & Bildredaktion: Till Kleisli, Franziska Stier

Herausgeber: Förderverein Basta!,

Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: PC 40-31244-5

Wer ist Basta!?



Elias Wahlen, studiert Organisationskommunikation und Journalismus, Mitglied bei Basta! seit 2016

Unter Basta! versteht man im Allgemeinen die Partei oder je nach Deutung die Bewegung. Dabei ist Basta! aber in erster Linie die Menschen, die dahinter stehen. Darunter zählen auch alle Mitglieder und Sympathisantinnen, welche dieses Bulletin erhalten. Wir möchten an dieser Stelle in unregelmässigen Abständen die Menschen vorstellen, die Basta! ausmachen. Dieses Mal Elias Wahlen, eines von vielen Neumitgliedern, die wir im letzten Jahr dazu gewinnen konnten.

Till Kleisli: Du bist seit knapp einem Jahr Mitglied bei Basta!, was hat dich dazu bewegt in der institutionellen Politik aktiv zu werden? Warst du vorher schon in irgend einer Form aktiv?

Elias Wahlen: Mein politisches Engagement hielt sich bis anhin in Grenzen. Ich habe mir zu anstehenden Abstimmungen immer eine Meinung gebildet und abgestimmt und gute Initiativen, Referenden oder Petitionen mit meiner Unterschrift unterstützt. Im Frühjahr 2016 bemerkte ich dann aber, dass für mich der Zeitpunkt gekommen ist, mehr zu tun. Die politische Verunglimpfung von Ausländern im Rahmen der Durchsetzungsinitiative und die Argumente der Gegner der Spekulationsstopp-Initiative haben mich dermassen genervt, dass ich mich entschloss nicht nur weiter ein wütender Zuschauer sein zu wollen.

Du hast dich dann für Basta! entschieden, um aktiv an der Politik teilzunehmen, was spricht dich bei Basta! besonders an?

Ich habe ein Herz für Schwache und Gleichberechtigung und Gerechtigkeit sind mir wichtiger als Vorteile und Profit. Deshalb wähle ich seit jeher Links. Ich habe mich dann konkret für Basta! entschieden, weil das Parteiprogramm von Basta! meiner persönlichen Haltung am nächsten ist und mir die Politik bei dieser Partei gefühlsmässig noch lebendig vorkommt.

Hast du Vorstellungen und Ideen, wie du dich bei Basta! oder in der Politik grundsätzlich einbringen möchtest?

Ich bin ein absoluter Neuling und möchte zuerst den ganzen politischen Betrieb kennenlernen. Ich denke, dass sich dann Türen für meine persönliche Partizipation öffnen werden und ich hoffentlich meine Stärken gezielt einsetzen kann.

Was müsste man in Basel am dringendsten anpassen bzw. für was möchtest du dich vor allem einsetzen?

Wir leben in einem tollen Kanton und ich bin dankbar, dass vieles gut läuft. Für die Themen bezahlbare Wohnungen, Freiraum für Jugendliche und Zwischennutzungen würde ich gerne einstehen. Wichtig ist mir auch, dass Toleranz und der Mut für Neues in Basel wieder mehr gestärkt werden, zum Beispiel bei den Boulevardöffnungszeiten an der Rheingasse.

Das Interview führte Till Kleisli



Entwicklung global voran zu bringen. Wer der weltweiten Armut und dem Hunger den Kampf ansagt, darf Konzernen, welche die Ernährungssouveränität oder bezahlbare Generika bekämpfen, keine Steuergeschenke machen. Auch grundsätzlich zeigt sich, dass die USR III Steuerprivilegien nur verschiebt, anstatt sie abzuschaffen und damit weiterhin am internationalen Steuerdumping und dem finanziellen Ausbluten vieler Länder eine Mitschuld trägt.

Die USR III zielt darauf ab Vorteile, die einige Unternehmen aus der aktuellen Bevorteilung ziehen, durch neue Privilegierungen möglichst aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig soll durch eine allgemeine Senkung des Gewinnsteuersatzes die Differenz zu den weniger privilegierten Firmen möglichst klein bleiben. Das Problem soll allein durch Steuersenkungen für Unternehmen und nicht mit Hilfe neuer Steuern wie einer Kapitalgewinnsteuer gelöst werden. Schon heute sind die Gewinnsteuern für Unternehmen in der Schweiz im internationalen Vergleich äusserst tief. Mit der vorgeschlagenen Umsetzung der USR III im Kanton Basel-Stadt würden die Unternehmen nochmals um 100 Mio. entlastet. Diese grundsätzliche Ausrichtung ist abzulehnen.

Verstärkung der falschen Verteilung des Wirtschaftsertrags

Seit der Durchsetzung des neoliberalen Projekts zu Beginn der 1980er-Jahre steigen im globalen Massstab die Unternehmerrgewinne und die Kapitalerträge zu Lasten der Arbeitseinkommen an. Gleichzeitig stagnieren die realen Investitionen, was bedeutet, dass Gewinne und Kapitalerträge in die Finanzmärkte gedrängt werden und dort eine problematische Spekulation vorwärtstreiben. Basel-Stadt ist bezüglich der Steuersituation in einer komfortablen Lage. So

hätte die Regierung die Möglichkeit diese problematische Entwicklung zu korrigieren und auf eine weitere Senkung der Gewinnsteuer für Unternehmen und der Kapitalsteuer von 100 Mio. Franken zu verzichten. Besonders, da der Kanton Basel-Stadt punkto Gewinn- und Kapitalsteuern für Unternehmen unter, bezüglich der Steuern für natürliche Personen hingegen über dem schweizerischen Durchschnitt liegt, geht die Vorlage hier einen falschen Weg. Statt diese Differenzen etwas auszugleichen, werden sie beibehalten.

Aus diesen Gründen ist BastA! gegen die vorgesehene Netto-Entlastung der Unternehmen. Der Spielraum für eine entsprechend höhere Entlastung der Einkommen der natürlichen Personen geht mit dieser Vorlage verloren.

Gefährdung der staatlichen Aufgaben

Mit der USR III werden die Firmen noch weniger zu den Kosten des Gemeinwens beitragen. Auch hat die Unternehmenssteuerreform II gezeigt, dass die Steuerausfälle schwer vorauszusagen sind. Insbesondere die Steuerausfälle durch die neuen Privilegierungsinstrumente sind schwer abzuschätzen. Es ist

zu befürchten, dass auch bei der USR III am Ende die Bevölkerung die Zeche bezahlen wird. Sei dies, weil keine weiteren Steuererleichterungen für natürliche Personen mehr möglich sind oder dass gar die Steuern erhöht werden müssen. Eine Alternative zu Steuererhöhung sind dann der Abbau von Staatsausgaben in den Bereichen Pflege, Bildung, Betreuung oder im Gesundheitsbereich, was BastA! strikt ablehnt. Erfahrungen mit der Wirtschaftspolitik der letzten dreissig Jahre zeigen, dass überall wo den Staaten Steuereinnahmen verweigert werden, zuerst die öffentliche Wohlfahrt infrage gestellt wird.

Steuerdumping stoppen

Die USR III widerspricht in vielen Teilen der Steuergerechtigkeit und der Steuerneutralität, denn sie beinhaltet neue unberechtigte Ersatzprivilegien. Zudem heizt sie die Steuerkonkurrenz an. Die Steuerbelastung ist keineswegs der wichtigste Faktor im Standortwettbewerb. Bildung, eine funktionierende Infrastruktur, eine gut funktionierende Verwaltung und Rechtssicherheit sind wichtiger. Gerade diese Vorteile, welche die Stärke der Schweiz ausmachen, werden durch die USR III infrage gestellt. Es ist unverständlich, dass die Vorlage die Sonderprivilegien mit der Begründung, dass der Kanton im kantonalen Steuerdumping Vorteile herausholen kann, voll ausschöpft. Zum einen ist die Wahl des Firmensitzes, wie erwähnt, nicht nur den niedrigen Steuern geschuldet, zum anderen muss nicht jede Firma um jeden Preis in Basel gehalten werden. Auch darf der Zuzug weiterer Firmen nicht oberste Priorität haben. Zentral hingegen sollte sein, dass die Menschen in Basel bezahlbaren Wohnraum und ein gesichertes Einkommen haben. Die Losung mehr Betriebe, mehr Arbeitsplätze gilt immer weniger. Gleichzeitig sehen wir, dass mit der Bevorteilung beispielsweise der Basler Pharmariesen eine Gentrifizierung der Quartiere einhergeht und ein Verdrängungsprozess von Menschen mit kleinem





und durchschnittlichem Einkommen voran schreitet.

Besonders stossende Bestimmungen der Vorlage für Basel Stadt

Das problematischste Instrument, welches die Bundesvorlage ermöglicht aber nicht erzwingt, ist die zinsbereinigte Gewinnsteuer. Sie kommt auch in Basel-Stadt zur Anwendung und sieht eine Abzugsmöglichkeit von rein rechnerischen Zinsen auf das Eigenkapital vor. Erstmals soll damit ein Instrument geschaffen werden, mit dem fiktive statt effektive Daten in die Steuerberechnung einbezogen werden. Im Gegensatz zu Fremdkapital stellt der Einsatz von Eigenkapital kein besonderes Risiko dar, da es weder mit Zins- noch mit allfälligen Rückzahlungspflichten verbunden ist. Zudem stellt die zinsbereinigte Gewinnsteuer ein bürokratisches Monster und punkto Steuereinnahmen eine eigentliche Blackbox dar. Vor allem ist sie völlig ungerecht gegenüber den natürlichen SteuerzahlerInnen, die solche Abzüge nicht geltend machen können. BastA! befürwortet einen einheitlichen minimalen Gewinnsteuersatz für alle Kantone, um einen ruinösen Steuerwettbewerb unter den Kantonen zu begrenzen. Die in der Vorlage vorgesehene Senkung der maximalen Gewinnsteuer von 22.18% auf 13%, bzw. die Senkung der statutarischen Gewinnsteuer auf 6.5% ist abzulehnen. Basel-Stadt ist wie erwähnt bezüglich Gewinnsteuern in einer privilegierten Position und hat es nicht nötig mit den innerschweizer Steuerdumpingkantonen zu wetteifern. Ebenso abzulehnen ist die geplante Herabsetzung der Kapitalbesteuerung. Auch ist das Fehlen einer Kapitalgewinnsteuer eine völlig unverständliche Verletzung der Steuergerechtigkeit, d.h. des Prinzips, dass alle Einnahmequellen gleich besteuert werden sollen. Eine Kapitalgewinnsteuer kann zwar auf kantonaler Ebene kaum eingeführt werden, das

Fehlen einer solchen Steuer ist aber ein wichtiger Grund für das Referendum gegen die Bundesvorlage. BastA! ist der Meinung, dass sich der Kanton, bei einem Scheitern der Bundesvorlage, klar für die Aufnahme der Kapitalgewinnsteuer und die Streichung der zinsbereinigten Bundessteuer einsetzen muss. Zu befürworten ist auch die Einführung einer Steuer für Topverdiener, wie sie die Initiative «Topverdienersteuer» der JU-SO Basel-Stadt fordert. Einkommen ab CHF 200'000.- sollen neu mit 28% statt 26% besteuert werden, Einkommen ab CHF 300'000.- mit 29%. Dies wäre zu-

sätzlich zur Kapitalgewinnsteuer eine sinnvolle Massnahme auf der Einnahmeseite als Kompensation für die Entlastungen der Finanzoligarchie.

Falls die USR III an der Urne abgelehnt wird, haben wir uns für eine grundsätzlich neue Konzeption einzusetzen, die gewissen Grundsätzen entspricht, wie etwa demjenigen, dass sich die Unternehmenssteuern in der Schweiz auf einem Niveau bewegen, das dem Durchschnitt Europas entspricht und dass sämtliche Steuereinkünfte in gleicher Weise besteuert werden, dass also Kapitalerträge gleich besteuert werden wie Arbeitseinkommen. Auch haben wir uns dafür einzusetzen, dass in Basel-Stadt die Steuern der Unternehmen offengelegt werden müssen.



Hans Schäppi

BelleVue präsentiert vom 5. bis 19. Februar die Fotografie-Ausstellung «Präparate», fünf Bildserien von Richard Spillmann

«Der fotografische Moment ist ein bleibendes Präparat eines Querschnitts durch die Zeit.» Dieses Zitat des Fotografen Hans Finsler aus der Zeitschrift «Du»/März 1964 inspirierte Richard Spillmann zum Titel seiner Ausstellung «Präparate».

In fünf Bildserien zeigt Spillmann Bilder, die er, wie er sagt, in seinem Alltag sammelt. Seine eindrücklichen Fotografien aus den vergangenen 10 Jahren decken «Unsichtbares» unserer nächsten Umgebung auf.

In einem Langzeitprojekt fotografiert er die Klingental-Kaserne vom Grossbasel aus über den Rhein hinweg, vom immer gleichen Standpunkt aus. So sind über die Jahre vielfältige Bilder des altehrwürdigen Gebäudes entstanden.

In der Serie «Feuermelder» werden die Feuerlöscher, die an unzähligen Orten platziert sind, überraschend sichtbar gemacht.

Farbig und ganz verschieden fotografiert sind auch die saisonalen Ablagerungen der städtischen Natur auf dem Glasdach des BelleVue-Raums.

Die Serie «Roter Stern über Europa» spürt mit Ironie und Ästhetik Spuren einer bekannten Biermarke auf.

Was in der Werkstatt von Richard Spillmann kreucht und fleucht und stirbt, bekommt in der Arbeit «Totentanz» eine letzte «Ruhestätte».

Vernissage

Samstag, 04. Februar 17 Uhr mit Apéro

Ausstellung

So, 5. Februar bis So 19. Februar 2017

Öffnungszeiten:

Samstag und Sonntag, 11–17 Uhr

Führungen finden an den Sonntagen, um 14 Uhr statt.

Weitere Informationen zur Ausstellung:

BelleVue – Ort für Fotografie
Breisacherstrasse 50
CH 4057 Basel
www.bellevue-fotografie.ch

Eine symbolisch wichtige Mini-Reform



Unter dem Titel: „Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen“ hat SP-Nationalrätin Ada Marra, selber eine Seconda, 2008(!) eine parlamentarische Initiative eingereicht, welche die erleichterte Einbürgerung der dritten Generation verlangt. Erleichterte Einbürgerung heisst nicht automatische Einbürgerung. Die Einbürgerung muss nach wie vor beantragt werden und eine gute Integration muss nachgewiesen werden. Das Verfahren ist jedoch schneller, die Kosten sind tiefer und die Einbürgerungskompetenz liegt beim Bund. Kantone und Gemeinden können aber ihre Stellungnahme zu den Anträgen abgeben.

Bereits heute gibt es schon Kantone, welche jungen, in der Schweiz geborenen AusländerInnen Einbürgerungs erleichterungen gewährleisten. Mit der Einführung der erleichterten Einbürgerung der dritten Generation auf Bundesebene wird die heute herrschende, vom Wohnort abhängige Ungleichheit beseitigt.

Dritte Generation ist hier zu Hause

Kinder von MigrantInnen, deren Grosseltern schon vor Jahrzehnten in die Schweiz gekommen sind, deren Eltern hier aufgewachsen und in die Schule gegangen sind und welche häufig die Sprache des Herkunftslandes ihrer Eltern nicht mehr sprechen, sind eigentlich Schweizerinnen und Schweizer ohne Schweizer Pass. Mit der Vorlage zur Einbürgerung der 3. Generation wird nun endlich anerkannt, dass diese Jugendliche Teil der Schweizer Gesellschaft sind, da sie ihren Lebensmittelpunkt hier in der Schweiz haben und auch formal als Schweizerinnen und Schweizer gelten sollen, mit allen Rechten und Pflichten.

Alle ausser SVP sind dafür

Selbst dieser kleine Schritt, welcher die parlamentarische Initiative verlangt hat, ist vom Parlament weiter verschärft worden. Es sollen sich nämlich nur Jugendliche bis zum 25. Altersjahr erleichtert einbürgern lassen können. Zurzeit könnten etwa 25'000 Jugendliche der 3. Generation eine erleichterte Einbürgerung beantragen.

Der Bundesrat und das Parlament haben schon dreimal vergeblich versucht, erleichterte Einbürgerungsbedingungen für junge AusländerInnen einzuführen. Da dazu eine Verfassungsänderung nötig ist, kommen diese Vorlagen immer zur Abstimmung. 1983, 1994 und 2004 wurden solche Verfassungsänderungen jeweils abgelehnt. Obwohl die aktuelle Vorlage viel weniger weit geht, als die Gesetzesänderung von 2004, welche eine erleichterte Einbürgerung der 2. Generation und eine automatische Einbürgerung der 3. Generation verlangte, ist die SVP einmal mehr dagegen! Jetzt argumentiert sie gar mit dem Generalverdacht, unter den Dritt-Generation-Jugendlichen sei der Hang zum islamistischen Terrorismus besonders gross. Dabei handelt es sich bei den 25'000 Kindern und Jugendlichen der dritten Generation hauptsächlich um ItalienerInnen und SpanierInnen.

Obwohl wir in der Schweiz die strengsten Einbürgerungskriterien in ganz Europa haben und diese Vorlage ein Kompromiss des Kompromisses ist, wäre eine erneute Ablehnung der Reform eine Katastrophe - sowohl für alle Migrantinnen und Migranten als auch für alle Menschen, die für eine offene und solidarische Schweiz eintreten und ihre Kinder anerkennen wollen.



Rita Schiavi & Sibel Arslan

Parolen vom 12. Februar in Kürze

Eidgenössische Abstimmungsvorlagen

JA zur erleichterten Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration.

Mehr Informationen links nebenan.

NEIN zur Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF).

- *Der NAF dient nicht nur dem Erhalt und dem Betrieb der Nationalstrassen, sondern zieht auch ein Ausbauprogramm nach sich. Mit dem Ausbau der Kapazitäten wird die Rückverlagerung des Verkehrs vom öffentlichen Verkehr auf die Strasse gefördert.*

- *700 Millionen Franken für den Fonds kämen aus der allgemeinen Bundeskasse. Bei einer Annahme des NAF würde dieses Geld in der Bundeskasse fehlen. Das würde insbesondere Kürzungen im Bereich öffentlicher Verkehr, Bildung, Soziales und Landwirtschaft bedeuten.*

NEIN zum Unternehmenssteuerreformgesetz III

Mehr Informationen ab Seite 1.

Kantonale Abstimmungsvorlagen



JA zur Aufhebung des Quorums (Sperrklausel) für die Zuteilung von Sitzen bei der Wahl des Grossen Rates

Jede Partei soll so viele Sitze erhalten, wie ihr gemäss Anzahl Stimmen zusteht.

JA zum «Kasernenhauptbau: Gesamt-sanierung und Umbau zum Kultur- und Kreativzentrum»

Mehr Informationen auf Seite 6.

Der Kasernenumbau - eine Chance fürs Kleinbasel?



Visualisierung der umgebauten Kaserne, Quelle: Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt

Gibt es einen oder mehrere gute Gründe für oder gegen den geplanten Umbau der Kaserne? Diese Frage stellen sich nach dem Entscheid des Grossen Rates (und der postwendend erfolgten Ankündigung eines Referendums) wohl einige.

Gibt es eine schlüssige Antwort darauf? Nein, aber möglicherweise mehrere!

Fest steht, dass das Kasernenhauptgebäude saniert und erdbebensicher gemacht werden muss. Das allein schon kostet viel Geld. Dass bei einem so grossen Sanierungsprojekt darüber nachgedacht wird, das Gebäude umzubauen und neuen Nutzungen zugänglich zu machen, ist naheliegend. Die Frage ist nur: Neue Nutzungsmöglichkeiten für wen?

Im Rat wurden viele Berichte vorgelegt und Meinungen abgegeben, aber wirklich begeistert wirkte nur Hanspeter Wessels. Er vermittelte mit viel Enthusiasmus den Eindruck, dass der Umbau genau das ist, was Basel, das Kleinbasel und seine Bevölkerung braucht und möchte.

Die Mehrheiten der Bau- und Raumplanungskommission (BRK) und der Bildungs- und Kulturkommission (BKK) stehen ebenfalls hinter dem geplanten Umbau. Das Fazit der

Berichte: Das Konzept mag nicht in allen Belangen überzeugen, aber ein Hinausschieben würde noch weniger Sinn machen. Und bei einem Nein an der Urne bekämen die bürgerlichen Gegner*innen Aufwind, welche die Kaserne am liebsten vollständig privatisieren würden – ein Hotel an dieser Lage wäre doch ideal, oder nicht?

Die Befürchtung, dass mit diesem teuren Umbau und den geplanten Restaurationsbetrieben eine Verdrängung stattfinden könnte, ist wahrscheinlich nicht ganz falsch, aber es liegt am Präsidialdepartement, wie es die Vermietung der «Kunst- und Kreativräume» regelt und wie hoch die Mieten sein werden. Der Wunsch, dass sich auch weniger arrivierte Künstler*innen einmieten können, muss in den Mieten seinen Niederschlag finden. Überhaupt muss sichergestellt werden, dass die Kaserne nach dem Umbau weiterhin ein Ort der Begegnung zwischen den Bewohner*innen des Kleinbasels und den bisherigen Benutzer*innen bleibt und nicht nur die Cüpli trinkende, gut situierte und gebildete Mittelschicht bedient wird. Auch die Idee, der Gassenküche oder einer ähnlichen Einrichtung im neuen Kasernenbetrieb einen Platz einzuräumen, wäre sehr bedenkenswert und müsste beim Präsidialdepartement deponiert werden.

Die Frage, ob der rheinseitige Platz

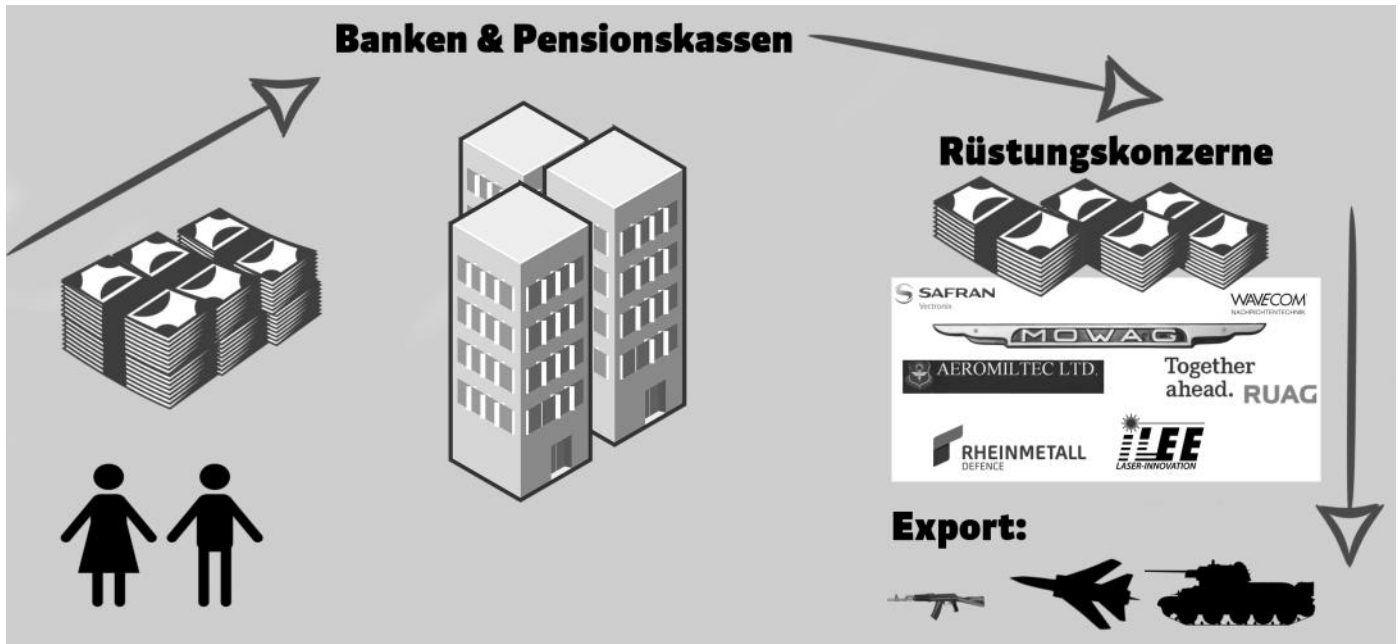
weiterhin den seit Jahren hier anzutreffenden Boulespieler*innen erhalten bleibt, ist nicht abschliessend zu beantworten, denn eine klare Aussage, was mit dem Platz geschieht, wird nirgends schlüssig gemacht und wurde so wahrscheinlich auch noch nicht gestellt. Im Bericht des Preisgerichts steht lediglich «... wird der Nahbereich des Gebäudes einbezogen, sei es als Spielplatz oder als Terrasse für Buvette und Restaurant.» Aber eine Definition des Nahbereichs gibt es nicht.

Die animierten Bilder in den verschiedenen Berichten wirken luftig und leicht und machen neugierig auf das fertige Ergebnis. Trotz etlicher Bedenken hat BastA! daher die Ja-Parole zum Umbau beschlossen. Wir werden aber genau beobachten, welche neue Nutzungen geplant und möglich werden und uns dafür einsetzen, dass dabei auch einkommenschwache Bevölkerungsteile berücksichtigt werden.



Beatrice Messerli, Grossrätin

Kriegsgeschäfte: Den Geldhahn zudrehen



Schweizer Handgranaten in Syrien: Dies dürfte nur einer der wenigen Fälle sein, bei denen in der Schweiz produzierte Waffen in ausländische, bewaffnete Konflikte involviert sind. Das Moratorium, das der Schweiz verbot, Waffen in Länder, die am Jemen-Konflikt beteiligt sind (wie z.B. Katar, Yemen oder Saudi Arabien) zu liefern, hat der Bundesrat im Frühjahr 2016 wieder beendet. Es herrscht sozusagen wieder „freie Fahrt“ für die Rüstungsindustrie.

Von friedensaktivistischer Seite ist die naheliegendste Antwort, Waffenexporte zu verbieten.

Dies wurde versucht. Doch die Initiative für ein Verbot von Waffenexporten, die von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) initiiert wurde, scheiterte im November 2009 am Stimmvolk.

Doch setzt eine Initiative, die den Export bereits existierender Waffen verbietet, nicht zu spät an? Es muss darum gehen, zu verhindern, dass Waffen gebaut werden. In diese Richtung zielt nun die neue Initiative der GSoA „Für ein Verbot von Kriegsgeschäften“. Schweizer Finanzinstitute und Finanzintermediäre (Nationalbank, Banken, Versicherungen, Pensionskassen und Stiftungen) sollen keine Gelder mehr in Unternehmen investieren dürfen, die im Waffengeschäft tätig sind. Und dies gilt weltweit, also nicht nur für

die Schweizer Rüstungsindustrie.

Vielleicht wurde auch mein Geld ins Kriegsgeschäft investiert. Denn während man mit der Wahl der Bank durchaus Einfluss auf die Anlagestrategie des eigenen Gelds haben kann, hat man z.B. als VersicherungsnehmerIn bei einer Pensionskasse keinen Einfluss, wie sein Sparguthaben angelegt wird. Das gleiche gilt für die Nationalbank. Es ist inakzeptabel, dass unsere Gelder (und mit ausländischen Geldern, die in der Schweiz angelegt sind) in Unternehmen investiert werden, die mit Kriegen, Tod und dem Leid der Menschen Profit machen.

Nicht zuletzt ist es auch dieser Profit, der Fluchtursachen schafft und Menschen zwingt ihre Heimat zu verlassen. Dabei bewegen sich die von Schweizer Instituten ins Kriegsgeschäft investierten Gelder Milliardenhöhe. Allein die UBS hat laut dem Bericht „Don’t Bank on the Bomb“ im Jahr 2015 5.6 Mio Dollar in die Atomwaffenindustrie investiert.

Wer steuern kann, wo Geld hin fließt, kann viel in der Produktion beeinflussen. Genau darum muss der Rüstungsindustrie der Finanzstrom entzogen werden. Stattdessen sollten die Gelder in Bereiche investiert werden, die zukunftssträftig für einen sozial- und ökologischen Wandel sind.

Natürlich gilt diese Initiative nur für die Schweizer Finanzinstitute. Deshalb wäre es falsch zu glauben mit diesem Schritt Krieg und Waffenlobby von heute auf morgen stoppen zu können. Aber es geht

auch darum, dass wir bestimmen können, was mit unserem Geld passiert – und darum, dass wir sagen: „Nein, so nicht.“

Die GSoA als Initiatorin hat die Jungen Grünen Schweiz angefragt diese Initiative mitzutragen. Es spricht alles dafür, hier mit voller Motivation einzusteigen. Keine nationale Partei setzt sich wie die Grünen so konsequent für eine weltweite Friedenspolitik ein. Die Jungen Grünen haben mit der Zersiedelungsinitiative gezeigt, dass wir fähig sind, eine nationale Initiative zu sammeln und eine Kampagne auf die Beine zu stellen. Dies war ein grosser Erfolg. Den Elan der Zersiedelungsinitiative können wir nutzen, um für diese Initiative weiter zu sammeln. Anders als bei der Zersiedelungsinitiative wird die Organisation von der GSoA gestellt und getragen – dann können wir Jungen Grünen uns voll auf das sammeln und verbreiten der Initiative konzentrieren. Die Chancen stehen also gut, dass dieses überfällige Projekt gestemmt wird. Im Januar entscheidet die MV der Jungen Grünen Schweiz definitiv.



Meret Rehmann, Vorstandsmitglied jgb, Vertreterin jgb bei der BastA!

Wohnungsnot in Basel



Titelbild Website www.recht-auf-wohnen.ch

Statistiken zu „Obdachlosigkeit“ sind eine rare Sache. In Basel gibt es allerdings durch die Meldeadressen für Menschen ohne festen Wohnsitz beim Schwarzen Peter Zahlen dazu. Und die sprechen eine deutliche Sprache: Seit einigen Jahren findet hier ein massiver Anstieg statt, passend zum gleichzeitig gesunkenen Leerwohnungsbestand. Aktuell haben 400 Menschen bei uns ihr Postfach, durchschnittlich 6 Monate lang. Das heisst, dass 2016 rund 800 Menschen dieses Angebot nutzen mussten.

Waren das früher hauptsächlich Menschen aus unserer „Stammklientel“, so entspricht mittlerweile die Mehrheit nicht den Klischees von „Clochards, Randständigen oder Drogensüchtigen“. Zunehmend Leute aus der unteren Mittelschicht, teilweise sogar ehemals Gutsituiertere, sind zum Beispiel durch Arbeitsplatzverlust, Krankheit oder Trennung von Armut bedroht oder betroffen und können unter anderem ihre alte Wohnung nicht mehr bezahlen und finden keine neue. Einerseits, weil der „Markt“ ausgetrocknet ist, andererseits weil sie aufgrund von Betreibungen oder dem Stigma Sozialhilfe- oder IV-EmpfängerIn von den VermieterInnen aussortiert werden.

Spätestens dort wo der Markt versagt, wäre der Staat bzw. die Allgemeinheit gefordert. Nun haben wir aber bereits das Problem, dass das Thema Wohnen in Basel auf vier (ausschliesslich rot-grüne) Departemente verteilt und die Wahrnehmung der Not in der Verwaltung äusserst heterogen ist. Erlebt das WSU, respektive die Sozialhilfe, wie schwierig es ist, gezielt Wohnungen für AsylbewerberInnen oder Menschen mit kleinem Budget zu akquirieren, wird im Finanzdepartement Wohnraum noch immer als Möglichkeit, Gewinn für die

Staatskasse abzuschöpfen, gesehen. Ein Blick nach Zürich würde sich hier lohnen, werden dort doch bald sämtliche kantonalen Liegenschaften in Kostentmiete abgegeben.

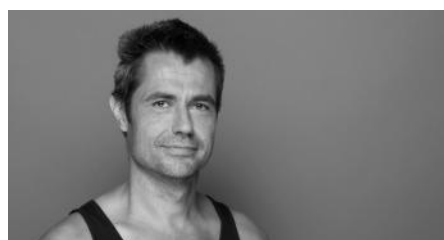
Gespannt dürfen wir sein, wie das Bau- und Verkehrsdepartement das Nachwahl-Versprechen von Herrn Wessels, sich vermehrt um günstigen Wohnraum zu kümmern, umsetzt und ob dabei anderes rauspringt als noch ein bisschen mehr Förderung von Genossenschaften. Und ob die Stadtentwicklung unter der neuen Regierungspräsidentin sich nicht auf dem Wohnraumförderungsgesetz aufricht, sondern sich mehr auf die Bedürfnisse der bereits ansässigen Menschen fokussieren wird, was halt nicht so „sexy“ ist.

Der Katalog von möglichen und notwendigen Massnahmen würde hier den Rahmen sprengen. Ein Anfang wäre gemacht, wenn die gesamte Politik und Verwaltung zugeben würde, dass in dieser reichen Stadt Wohnungsnot herrscht. Und gemeinsam mit anderen Beteiligten kurz-, mittel- und langfristige Lösungen definieren und umsetzen würde.

Aus diesem Grund wurde aus dem „Netzwerk Wohnungsnot“ heraus letzten Frühling die Initiative „Recht auf Wohnen“ lanciert. Damit soll in der Kantonsverfassung das Grundrecht auf Wohnen verankert und einklagbar gemacht werden.

BastA! ist Teil sowohl des Netzwerks als auch des Initiativkomitees.

Mehr dazu unter www.recht-auf-wohnen.ch



Michel Steiner, Gassenarbeiter

An dieser Stelle haben wir für euch zwei passende Zitate von Bertolt Brecht aus «Me-ti - Buch der Wendungen» herausgesucht.

Viele Arten zu töten

«Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einem von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Selbstmord treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staate verboten.»

Bertolt Brecht, Gesammelte Werke 12, Prosa 2. S. 446 Werkausgabe Edition Suhrkamp

Me-ti sagte:

«In den Zeiten, wo das Elend alles überschwemmt, wissen wenige die Quellen des Elends. Wenn die Überschwemmungen zeitweise zurück gehen, machen diese sich lächerlich, wenn sie auf die versiegenden Quellen zeigen. Es scheint alles besser zu gehen. Die Verwaltung, die zur Zeit der Besserung eben am Ruder war, wird ihrer Tüchtigkeit wegen gelobt. Selbst kleine Erleichterungen werden als ungeheuer empfunden, wo äusserstes Elend geherrscht hat. Die Freunde der Elenden aber werden als Hetzer verfolgt. Sie gleichen Leuten, die während einer Windstille von der Brüchigkeit des Schiffsbodens sprechen.»

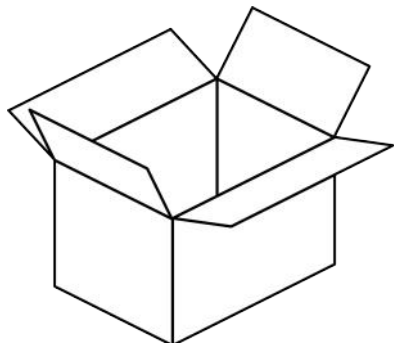
Bertolt Brecht, Gesammelte Werke 12, Prosa 2, S. 565f Werkausgabe Edition Suhrkamp

Anmerkung der Redaktion

In "Me-ti" greift Brecht die Lehren von Karl Marx, Engels und Lenin auf und versucht sie, indem er sie in einen anderen historischen Kontext setzt, zu zeitlosen Geschichten zu formen. Die lehrhaften Anekdoten beziehen sich auf die Sozialdemokratie, Faschismus, aber auch Liebe, Sexualmoral, Kunst und Philosophie.

Drei Initiativen zum Wohnen - Die drei Jubiläumsinitiativen des Mieterverbands Basel

Mieterschutz beim Einzug



JA zu bezahlbaren Neumieten!

Wer eine neue Wohnung gefunden hat, will von Anfang an fair behandelt werden. Was für die frühere Mietpartei gilt, soll auch für einen selbst gelten. Doch sehr häufig nimmt die Vermieterseite den Mieterwechsel zum Anlass den Mietzins zu erhöhen - ohne das Wissen des neuen Mieters.

JA zu transparentem Mietrecht!

Das muss sich ändern! Wir wollen, dass der bisherige Mietzins und somit auch Zinsaufschläge der neuen Mietpartei verbindlich und begründet mitgeteilt werden. «Die Neuen» können dann immer noch selber entscheiden, ob sie diesen Aufschlag akzeptieren oder allenfalls anfechten wollen.

JA zu mietrechtlicher Hilfe beim Einzug!

Den von der Wohnungssuche erschöpften Mietparteien bringt die «Formularpflicht» willkommene Klarheit bei der sowieso schon schwierigen Herausforderung eines Wohnungswechsels.

JA zu Fairness bei neuen Mietverträgen!

Wir wollen, dass der Kanton diese «Formularpflicht» in Zeiten von Wohnungsnot und Mietzinsnot einführt. So, wie es das Bundesrecht vorsieht. Dies hat zugleich eine mietzinsdämpfende Wirkung. Andere Kantone, wie Zürich oder Zug kennen diese «Formularpflicht bei der Anfangsmiete» bereits.

JA zu seriösen Vermietungen!

Der ehrliche Vermieter hat nicht nur nichts zu befürchten, sondern sogar Interesse daran, sich mit transparenten Mieten gegen schwarze Schafe unter den Vermietern abzugrenzen.

Mieterschutz am Gericht



JA zu bezahlbaren Mietverfahren!

Niemand ist dagegen gefeit, vor das Mietgericht gehen zu müssen, um die eigenen Rechte zu wahren.

So hat man vor Gericht hohe Kostenrisiken, wenn man versucht, für sein Recht – z.B. eine ungerechtfertigte Mietzinsanpassung – einzustehen.

JA zu mietrechtlicher Hilfe während der gesamten Mietdauer!

Ein solches Risiko – an Gerichten Hunderte, ja Tausende Franken für Anwaltskosten der Gegenseite ausgeben zu müssen – hält viele Mieterinnen und Mieter von ihrem Recht ab. Ähnliches gilt für zu hohe Gerichtsverfahrenskosten. Heute ist einzig die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten – welche von der Mieterbewegung in den 1930er-Jahren erkämpft werden musste – ohne Gebühren erreichbar.

JA zu finanzieller Fairness bei Gerichtsverfahren!

Seit Längerem versuchen einzelne unseriöse Grossinvestoren und Finanzinstitute, aber auch einzelne «kleine» Spekulanten, die Staatliche Mietschlichtungsstelle auszuhebeln. Recht schnell kann eine Mietpartei dadurch gezwungen werden, das Gericht anzurufen. Dies kann zu belastenden oder gar ruinösen Folgekosten für wenig begüterte Mieterinnen und Mieter führen.

JA zu seriösen Vermietungen!

Deshalb braucht es klare Höchstgrenzen für Gebühren an den Gerichten und zugleich sollten beide Verfahrensbeteiligten ihre eigenen Anwaltskosten selber übernehmen. Der seriöse Vermieter hat dabei nichts zu befürchten.

Wohnen ohne Angst vor Vertreibung



JA zu bezahlbarem Wohnen in der Stadt!

Keine Mieterin und kein Mieter soll mit massiven Zinsaufschlägen von bis zu 50% bestraft werden, bloss weil ein Investor seine Rendite mittels Luxusanierung «optimieren» will. Auf keinen Fall akzeptabel ist es, wenn ganze Liegenschaften oder gar Überbauungen unter solchen Mietzinserhöhungen leiden müssen.

JA zu Massnahmen gegen Massenkündigungen!

Immer öfter werden durch Massenkündigungen treue Mietparteien auf die Strasse gestellt, obwohl sie über Jahre hinweg pünktlich die Miete bezahlt haben.

JA zu Fairness bei treuen Mietparteien!

Auch wer mehr als 80 oder 90 Jahre alt ist, soll zuhause wohnen bleiben können. Rüstige Alte sollen selber bestimmen, wann der Moment zum Umzug kommt. Dies gilt erst recht, wenn sie ohne grosse fremde Hilfe selbstständig wohnen können. Selbst bei angeblich «unausweichlichen» Sanierungsarbeiten gibt es immer eine Lösung zusammen mit den langjährigen Mietparteien anstatt gegen sie.

JA zu seriösen Vermietern!

Der seriöse Vermieter zockt seine Mietparteien nicht ab – er verdrängt seine langjährige Mieterschaft nicht um der Rendite willen. Es ist richtig, dass die Wohnschutzinitiative die Basler Behörden auffordert, mit allen notwendigen und nützlichen öffentlich-rechtlichen Mitteln die vertraute Quartierumgebung zu bewahren und die Menschen in ihrem jeweiligen engeren Umfeld wohnen zu lassen.

Rückblick auf 4 Jahre Grosser Rat



04. November 2016, gemeinsame Solidaritätsaktion mit Abgeordneten aus SP, Grüne BS und Basta! gegen die Verhaftungen der HDP-Abgeordneten in der Türkei.

Als kleinere links-grüne Fraktion können wir uns sicherlich auf die Fahne schreiben, dass wir in den letzten Jahren über diverse Koalitionen (natürlich auch mit bürgerlichen) unsere Interessen durchgebracht haben, einiges verhindern konnten und uns aber auch nicht geschämt haben, das Volk zu befragen oder unsere Ideen vor dem Volk zu verteidigen.

Ich erinnere an den Kampf um die Geschlechterquote in den Verwaltungsräten, die auch ein wichtiges Zeichen für andere Kantone war und die wir gegen den heftigen Widerstand der bürgerlichen Parteien vor dem Volk gewonnen haben. Auch die Initiative «Boden behalten – Basel gestalten» konnten wir dank der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen mit 67% - also breiter Unterstützung des Volkes gewinnen. Dieser Sieg war ein wichtiger Schritt für eine zeitgemässe, soziale und ökologische Entwicklung unseres Stadtkantons.

Wohnen

Nebst der Bodeninitiative waren Vorstösse, die gemeinsame Interessen der Mieter- und Vermieterschaft vertraten erfolgreich, wie ein Vorstoss zur zeitgemässen paritätischen Vertretung in der Schlichtungsstelle.

Daneben haben wir einen Vorstoss eingereicht, der fordert, dass ein Teil der Wohnungen gemeinnütziger Wohnbauträger anteilig nach Einkommenskriterien vermietet werden. Die Antwort steht noch aus.

Bildung

Bei den Schulen wurde trotz unserer Intervention abgebaut. Die Sprachheilschule, Fremdsprachen- und Einführungsklassen wurden abgeschafft. Mit heftiger Gegenwehr konnte die Zusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt mit der Gehörlosen- und Sprachheilschule Riehen (GSR) weitergeführt werden, wenn auch stark reduziert. Die Einführungs- und Fremdsprachenklassen werden unterdessen wieder aufgebaut. Dank Einsicht, aber auch dank unserem anhaltenden Einsatz!

Der Zugang zu Logopädie und Psychomotorik für alle SchülerInnen des Kantons, auch für die an privaten Schulen und Kindergärten, konnte nach langwierigen Interventionen (Nachbesserungen an Gesetzestexten, Motionen, schriftliche Anfragen an das ED) erreicht werden. Immer noch unbefriedigend ist jedoch, dass es sie jetzt zwar für alle geben soll, aber es immer noch längst nicht genug Angebote für alle gibt.

Kultur

Das neue Konzept für die Filmförderung wurde von uns klar unterstützt, ebenso die Orchesterförderung. Erreichten konnten wir die Erhöhungen der Subventionen für die offene Kinder- und Jugendarbeit und auch die Jugendkulturpauschale wurde ausgebaut.

Wirtschaft

Nach der GaTS-freien Zone haben wir auch die TiSA-freie Zone durchgebracht! Ein internationales Abkommen - TiSA (Trade in Services Agreement) – das unter Druck der multinationalen Unternehmen in einer sog. «Koalition der

Willigen», eine weitere Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes undemokratisch und mittels geheimen Verhandlungen auszudrücken versucht. Ein klares Zeichen nach Bern!

Soziales & Gesundheit

Die Fraktion Grünes Bündnis ist und war zentral verantwortlich, dass die kantonalen Beihilfen entgegen dem Wunsch der Regierung nicht weiter gekürzt wurden. Wir sind auch massgeblich daran beteiligt, dass der ambulante kinderpsychiatrische Dienst nicht in die UPK kommt, sondern für die Kinder und ihre Eltern weiterhin eigenständige Kontaktstellen in der Stadt angeboten werden. Weiter konnten wir auch verhindern, dass Basel-Stadt und Baselland die Beiträge an das Selbsthilfzentrum und die Frauensekretäre nicht gestrichen oder gekürzt haben.

Umwelt & Energie

Zur Zeit befindet sich das neue Energiegesetz, welches zahlreiche unserer Anliegen aufnimmt, in der Schlussberatung der Kommission und wird noch in dieser Legislatur verabschiedet werden. Darin wird in Basel-Stadt der Weg zu ressourcenschonender und nachhaltiger Energiepolitik konsequent weiterverfolgt.



Brigitta Gerber, Fraktionspräsidentin

Flüchtlingsunterkunft auf dem Dreispitz



Unterkunft für Geflüchtete auf dem Dreispitzareal, Foto: Dora Borer

Wo bis Mitte 2016 noch BVB-Material lagerte und Trams verladen wurden, erhebt sich nach der Bereinigung des Areals am Dreispitz die neue dreistöckige Asylunterkunft, geplant für 250 Personen, hauptsächlich Familien. Die Bewohner_innen des Migrationszentrums Dornacherstrasse 43 und weiterer Asylunterkünfte in Basel werden als Erste einziehen. Ein Teil der Wohnungen, die in kleineren Einheiten für 4-6 Personen und in doppelt so grossen für 8-10 Personen konzipiert sind, wird voraussichtlich noch leer bleiben. Die unberechenbare Lage in einigen Krisengebieten könne weitere „Flüchtlingswellen“ auslösen, dafür wolle man gewappnet sein, wurde an der Infoveranstaltung im November mitgeteilt. Ob und wie leerstehende Einheiten für andere Bevölkerungsgruppen mit Unternehmungsproblemen – z.B. Menschen mit tiefen Einkommen ohne Wohnung und Obdachlose – geöffnet werden könnten, ist eine offene Frage.

Die Asyl-Wohnsiedlung am Dreispitz ist eine zeitlich beschränkte Zwischenutzung des Areals¹, das sich zweiseitig mit Bahn- und Tramlinien und dem Tramdepot zum M-Park hin abgrenzt, an die noch bis 2020 bewilligten Familiengärten anschliesst und sich zum Friedhof Wolf hin mit dem Hauptportal öffnet. Gegenüber befindet sich die Drogenabgabestelle. Einzig zum Walke-

weg hin stehen die Wohnungen der Siedlung Duggingerhof. Sie sind Eigentum von Immobilien BS und der Pensionskasse BS. Die neue und die bestehende Wohnsiedlung trennen Strasse, tiefer liegende Bahngeleisen und mannshohe Absperrgitter.

Der Quartierverein Gundeldingen will sich um die Einbindung ins Quartier bemühen. Bautechnisch sei der Anschluss ans Gundeli durch einen Zugang zu Bus-, Tramhaltestelle und Bahnhof Dreispitz gegeben. Allerdings zeigt sich dieser als schmales Weglein zwischen Gittern, auf dem sich keine zwei Kinderwagen kreuzen können. Dass Einkaufs-, Industrie und Sportareale die neue Wohnsiedlung von den grösseren anschliessenden Quartieren Gundeli und Lehenmatte sowie den Gemeinden Münchenstein und Muttenz trennen, kann erklären, warum sich kaum Widerstand gegen die neue Asylunterkunft regt. Allerdings stellt diese Distanz auch die Frage nach Formen der Integration. Konzepte waren am Infoabend nicht zu erfahren. Ursprünglich war geplant, die Kinder der ersten Schulstufe in der noch zu bauenden Schule neben dem Haupteingang zu unterrichten und nur die Älteren in Quartierschulen unterzubringen – das Erziehungsdepartement begründete den Entscheid mit dem langen Schulweg und der Knappheit in den bestehenden Schulanlagen. Nach kriti-

schen Rückfragen am Infoabend und auf die Interpellation von Beatrice Messerli hin spricht das Erziehungsdepartement jetzt nur noch von einjährigen Einführungsklassen.

Es bleibt die Frage, wie die neue Wohnsiedlung Dreispitz in Beziehung zu den bestehenden Wohnquartieren, insbesondere zur Siedlung Duggingerhof, treten kann. Sind gegenseitig nutzbare Spiel- und Aufenthaltsplätze vorgesehen, wo sich die neuen Bewohner_innen der Asylunterkünfte und diejenigen der umliegenden Quartiere treffen und miteinander Formen des Kennenlernens und gemeinsame Interessen entwickeln können? Was hilft neben den Deutschkursen, Sprach- und andere Grenzen zu überwinden? Die uniformen grauen Metallbauten und die abweisenden Gräben und Gitter setzen eher ausgrenzende und ausschliessende Signale.



Dora Borer

Augenblicke der Budgetdebatte

Im Vorfeld zur letzten Grossratssitzung im alten Jahr, der Budgetsitzung, wurde viel diskutiert und noch einiges in die Wege geleitet, denn am Mittwochmorgen mussten auch noch mögliche Budgetpostulate abgegeben werden. Beat Leuthardt und ich haben als Neulinge die Dienste der anwesenden Expert*innen des Finanzdepartementes nur zu gerne in Anspruch genommen. Beat für seine drei Budgetanträge zu den Themen Inventarisierung öffentlicher Flächen, Beleuchtung einer BVB Haltestelle und die Verbesserung der Pünktlichkeit durch strukturelle Verbesserungen bei der BVB- Budgetsumme 2'8 Mio.! Dagegen wirkt mein Budgetpostulat vergleichsweise «mickrig», aber für die Betroffenen natürlich nicht minder wichtig.

Etwa eine Woche vor der Budgetsitzung wurde uns durch die BastA! Schulrätinnen des Thiersteinerschulhauses zugetragen, dass für die Fortführung der von der Robi Spielaktion geführten Kindertankstelle auf der Liesbergermatte im nächsten Jahr kein Geld mehr von der CMS Stiftung in das Projekt fliessen wird. Die Robi Spielaktion verfügt nicht über die nötigen Gelder, um die Kindertankstelle

weiter zu unterhalten. Um eine mögliche Schliessung, bzw. «Nichtwiedereröffnung» im Frühjahr zu verhindern, wurde von den BastA! Schulrätinnen sofort eine Petition lanciert und eingereicht und von mir ein Budgetpostulat vorbereitet. Dieses verlangt die Kostenübernahme des Anteils CMS von Fr. 27'500.- durch den Kanton. In der Januarsitzung vom Grossen Rat werden die Budgetpostulate behandelt. Wir hoffen natürlich, dass unsere Postulate auf Zustimmung stossen werden.

Nach den Diskussionen und Vorbereitungen zur Budgetdebatte wurde das Geschäft im Grossen Rat relativ unaufgeregt behandelt. Einzig das GB sorgte mit seinen Voten für das eine oder andere Kopfschütteln oder eine geharnischte Replik bei den zuständigen Regierungsräten.

Beim zweitletzten Geschäft lag wieder einmal ein Kürzungsantrag der SVP für kulturelle Beiträge durch den Staat vor, diese Mal zum Ratschlag «...Staatsbeiträgen an den Verein Kulturwerkstatt Kaserne...», welche im Ratschlag einen um 1'4 Mio. höheren Betrag als in der letzten Beitragsperiode zugesprochen erhalten

sollte. Die SVP beantragte, die Aufstockung abzulehnen.

Nach gefühlten hundert fast gleichlautenden Voten gegen diesen Abbau erlaubte ich mir als Fraktionssprecherin des GB auf eine wiederum gleichlautende Argumentationskette zu verzichten (mit Hinweis auf die bereits mehrfach gemachten Äusserungen) und kurz und knapp die Ablehnung des Antrags zu fordern. Dies brachte mir doch tatsächlich zwei (leise) Bravos und ein paar anerkennende Kopfnicker ein.

Womit einmal mehr bewiesen wäre, dass manchmal weniger mehr sein kann. Sicher bin ich mir aber, dass der Antrag der SVP nicht wegen meines Kürzestvotums abgelehnt wurde!



Beatrice Messerli, Grossrätin

Wintersession 2016

Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

Am meisten Wellen hat in dieser Session wohl die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative geschlagen. Eine grosse Errungenschaft des ausgearbeiteten Gesetzes ist, dass mit ihm die Personenfreizügigkeit erhalten bleibt, was aus mehreren Gründen sehr wichtig ist.

In einer Ausländerpolitik, die auch in der Schweiz mit jeder Veränderung immer mehr verschärft wird, war das Personenfreizügigkeitsabkommen ein Riesenschritt in die Gegenrichtung: zur Verbesserung des Status, zur Verringerung der Willkür gegenüber all jenen Ausländerinnen und Ausländern mit einem EU-Pass, die seit Jahren, oft seit Jahrzehnten in der Schweiz leben.

Weiter darf man auch nicht vergessen, dass die Personenfreizügigkeit damals zu einer grossen Allianz für flankierende Massnahmen geführt hat. Wer nun, angeblich im Namen der Arbeitenden, die Kündigung der Bilateralen fordert oder sie zumindest in Kauf nimmt, verschweigt etwas wichtiges: Mit den Bilateralen würden eben auch die

flankierenden Massnahmen abgeschafft, Massnahmen, welche die Arbeitnehmerrinnen und Arbeitnehmer in der Schweiz vor Ausbeutung und Lohndumping schützen.

Stabilisierungs- bzw. auf Deutsch Sparprogramm 2017-2020

Der Bundesrat hat die Rahmenkredite für die „Internationale Zusammenarbeit 2017-2020“ gegenüber dem ursprünglichen Finanzplan bereits um fast eine Milliarde Franken gekürzt. Darin sind auch 587 Mio. Franken als Beitrag zum Stabilisierungsprogramm enthalten. Das entspricht einem Viertel der Sparmassnahmen des ganzen Sparprogramms. Dabei bleiben natürlich Landwirtschaft und Armee weitestgehend verschont.

Eine so massive Schrumpfung der Mittel bei der Internationalen Zusammenarbeit von einem Jahr zum nächsten, setzt bereits Erreichtes aufs Spiel. In der Entwicklungszusammenarbeit ist ein langer Atem gefragt:

Stärkung der Geschlechtergleichstellung, Kampf gegen Korruption, Förderung demokratischer Partizipation,

nachhaltiges Wirtschaftswachstum sind Ziele, die Zeit brauchen, um sie zu erreichen.

Kurzfristige Sparübungen verhindern die kontinuierliche, langfristige Arbeit in diesen Bereichen. Die Wirksamkeit der bisherigen Arbeit wird in Frage gestellt. Schlussendlich ist das aber wohl auch ein kalkuliertes Abschiessen. Durch die Sabotage des bisher Erreichten wird die Wirkung zunichte gemacht, was dann in einer nächsten Budgetdiskussion als Argument zu weiteren Kürzungen der Entwicklungszusammenarbeit wegen "Wirkungslosigkeit" verwendet werden wird.



Sibel Arslan, Nationalrätin